

Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und
6.30 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Preis
Ausland unter Streifenband 1.35 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 37 577.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 50 Pf. 2. Klagen unter 25 g je laufend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme samstags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 37 577.

Nr. 79.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld) Donnerstag, den 3. April 1930.

12. Jahrgang.

Warum ist Wahrheit fern und weit,
Niest sich hinab in tiefste Gründe?
Niemand versteht zur rechten Zeit!
Wenn man zur rechten Zeit verstünde,
So wäre Wahrheit weit und breit
Und wäre lieblich und gelinde

Goethe.

Christentum und Politik.

Ist es nötig, zu diesem Gegenstand aufs neue sich zu äußern? Ja! Es scheint leider durch die tatsächlichen Verhältnisse geboten zu sein. Denn noch immer gehen unter Christen — und nur für solche ist der Artikel geschrieben — die Ansichten über die Berechtigung und die Pflicht politischer Tätigkeit weit auseinander. Zwar der Ruf des Christlich-sozialen Volksdienstes hat befreiend gewirkt, und er hat in den Herzen vieler gezündet, die bisher untätig abseits standen. Hier wurden Grundsätze aufgestellt und Richtlinien gegeben, die es einem gläubigen Christen zu ermöglichen schienen, mit Freudigkeit und gutem Gewissen sich am politischen Leben zu beteiligen. Auch in dem Kreise der christlichen Gemeinschaften hat dieser Ruf allem Anschein nach viel freudigen Widerhall gefunden. Aber bedauerlicherweise stößt er auch auf starke Bedenken und findet Ablehnung. Es ist in einem vielgelesenen Blatte der Gemeinschaft jener Ruf besprochen, und im Zusammenhang damit vor der Beteiligung an diesen Bestrebungen direkt gewarnt worden. Freilich wird anerkannt, daß der Ruf gut gemeint sei, aber zugleich wird es als ein sehr bedenkliches Zeichen hingestellt, daß gegenwärtig so manche christliche Kreise und deren führende Persönlichkeiten ein so großes politisches Interesse bekunden und die Christen so laut an die Front (nämlich an die politische) rufen. Der Verfasser erklärt, er wolle auch die Christen an die Front rufen, aber nicht an die politische. Er meint, die Aufgabe des gläubigen Christen sei es, verlorene Seelen zu retten, ihrer in Liebe sich anzunehmen und die Verirrten zu Jesu heranzuführen. Alle politische Betätigung aber beeinträchtigt diese große Aufgabe, wirke verwirrend und abschwächend und gefährde das Eine, was not ist. „Macht solche Reize nicht mit.“ — so ruft er warnend — „Ihr wißt nicht, wo ihr ankommen werdet... halte Euch abseits.“ Denn er ist überzeugt: wenn man ein politischer Mensch werde, so bleibe einem gar keine Zeit mehr für die eigentliche Aufgabe des Christen.

Es erscheint angezeigt, zu derartigen Ausführungen auch hier noch einmal Stellung zu nehmen, nicht nur um der Gemeinschaftschriften willen, die den „Aufwärts“ lesen, sondern auch zur allgemeinen Klärung dieser Frage. Nun verstehe ich ja sehr wohl die Gründe, die zu solcher gegensätzlichen Stellungnahme gegenüber der politischen Betätigung des Christen bewegen. Ohne Zweifel sind hier einem Christen Grenzen gezogen, die er nicht überschreiten darf. Aber was ich beanstande, ist die Meinung, als ob dem Christen die Beteiligung am politischen Leben schlechthin verwehrt wäre. Professor Schlatter hat in seiner Schrift: „Was fordert die Lage unseres Volkes von unserer evangelischen Christenheit?“ (Verlag des Christlichen Volksdienstes, Korbalt-Stuttgart) m. E. überzeugend ausgeführt, daß die jetzige Lage unseres Volkes die evangelische Christenheit gebieterisch zur Abhilfe aufrufe und jedem einzelnen Christen die Frage aufs Gewissen lege: Was kann ich tun, um der Volksnot abzuhelfen? Er hat aber auch die Schranken klar aufgezeigt, die hier dem Christen gesetzt sind. Man mag vor den Gefahren warnen, welche die politische Betätigung mit sich bringt. Der Verfasser jenes ablehnenden Artikels nennt solche, wenn er sagt: „Man will durch Massenversammlungen wirken, große Zahlen hinter sich haben. Und das kann man nur dann bekommen, wenn man in falscher Weise die Türen hoch und die Tore weit macht.“ Es ist wahr, diese Gefahren sind groß. Aber muß denn das unter allen Umständen so sein? Kann man nicht ein reges Interesse nehmen am politischen Leben und sich vor solchen Auswüchsen hüten? Der Verfasser nimmt ja selber ein Interesse daran; denn er schreibt im Zeitspiegel des betreffenden Blattes sehr beachtenswerte Betrachtungen über die Zeiterscheinungen und Geschehnisse. Gefahren mancherlei Art kann das auch mit sich bringen, und doch unterläßt er es nicht. Gefahren für das Christenleben bringt auch der tägliche Beruf. Aber doch wird niemand die Betätigung des Christen im irdischen Beruf verwerfen. Welche Gefahren birgt heute das Geschäft, das Gewerbe, der Stand des Kaufmanns. Und doch gibt es christliche Geschäftleute, die ihre Seelen täglich in den Händen tra-

gen. Wir stehen im öffentlichen Leben, und wir können und dürfen uns den Aufgaben dieses Lebens als Christen nicht entziehen. Sind nicht die Christen das Salz der Erde? Soll nicht die Kraft des Christentums wie ein Sauerteig die Welt durchdringen? Wir haben Aufgaben und Pflichten zu erfüllen gegenüber dem Staat und der Gesellschaft. Und diese Pflichten beschränken sich nicht auf die Rettung einzelner Seelen, so wichtig und groß auch einem bekehrten Christen diese Aufgabe sein wird. Wir müssen Einfluß zu gewinnen suchen auf den Gang des öffentlichen Lebens und Hand anlegen zur Bekämpfung und Ueberwindung der allgemeinen Not. Sehen wir denn nicht, wie es im Gebälk des Staatswesens brennt? Merken wir nicht, wie die Grundlagen der öffentlichen Wohlfahrt immer mehr ins Wanken kommen? Die Totengräber der Volkswohlfahrt sind an der Arbeit — wollen wir da untätig zur Seite stehen? Können wir das verantworten? O, daß man doch verstände und mit uns fühlte, was unsere Seele bewegt! Wir können nicht untätig ansehn, wie die Schulen entchristlichen, wie die Kinderseelen vielfach darben, wie die Jugend vergiftet und das Volk verführt wird, wie es immer mehr seinen Sonntag verliert. Die Leichtfertigkeiten in Theater und Kino, die Verwüstungen, die der Alkoholismus anrichtet, die öffentlichen Schaustellungen der Gottlosigkeit, die ganze entchristlichte, zerfallende und sittlich auflösende Art in der Presse und Kunst: Das alles schreit ja zum Himmel, und das brennt einem Christen auf der Seele. Und dazu die vielfache wirtschaftliche Not, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Rentnerelend und dergleichen, das alles bewegt uns das Herz. Wir können nicht ansehn unseres Volkes Sterben und die Hände in den Schoß legen. Hier kann und muß auch von Staats wegen eingegriffen, hier muß auch durch Gesetze gesteuert und reformiert werden, und da müssen Christen ihren Einfluß ausüben und tun, was sie können, damit es anders werde. Und das alles sind politische Dinge. Oder wollten wir die Ordnung dieser Angelegenheiten der entchristlichten Welt überlassen und der Gottlosigkeit freies Spiel geben? Und die Folgen? Wenn die Grundgesetze göttlicher Ordnung mißachtet werden? Wenn die Jugend verführt wird? Wenn alle Zucht und Sitte sich auflöst? Wird uns das dann nicht vor Gott anklagen? Und warnen uns nicht die ruffischen Zustände? Gottes Gerichte gehen ja ihren Gang. Aber wehe uns, wenn wir mitschuldig werden! Die Verantwortung nimmt uns niemand ab. Wohl dem, der tat, was er sollte! Wir werden in der Schrift ermahnt, zu beten für alle Menschen, für die Könige und für alle Obrigkeit, auf daß wir ein ruhiges und stilles Leben führen mögen in aller Gottseligkeit und Ehrbarkeit. Und darüber ist unter Christen kein Zweifel, daß solches Beten die erste und vornehmste Pflicht ist. Aber es heißt: „Bete und arbeite!“ Und diese alte Regel ist auch heute nicht aufgehoben. Wer wirklich mit Ernst betet, der fragt sich auch: Was kann ich tun für die Sache, die ich betend vor Gott bringe? — Ja, was können Christen tun, damit wir ein ruhiges und stilles Leben führen in aller Gottseligkeit und Ehrbarkeit? Darüber kann man freilich keine bis ins Einzelne gehenden Weisungen geben; das hängt von den besonderen Verhältnissen und Umständen ab, von den besonderen Kräften und Gaben. Eins schiedt sich nicht für alle. Und mancher Stand, besonders der der Prediger und Reichsgottesarbeiter muß im politischen Leben große Vorsicht und Zurückhaltung üben. Und niemals darf ein Christ sich in das politische Parteigetriebe hineinziehen lassen und in die Arena der Parteileidenenschaften oder der krassen Interessenpolitik hinabsteigen. Aber zeugen kann er und aufklären und warnen; er kann auch auf die Presse einwirken und dem Schund und Schmutz zu steuern suchen — das alles im Geiste des Glaubens und der Liebe. An die Wahlurne gehen kann er und muß er und seiner Wahlpflicht genügen. Und im einzelnen muß er sich von Gott sagen lassen, was er sonst noch tun kann, und ob er etwa in Vereinen der öffentlichen Volkswohlfahrt oder in ihm angetragenen Kreisen segensreich wirken kann. Im übrigen gilt, was Schlatter sagt: „Die Politik geschieht nicht nur in den Ratkäfen oder in den Zeitungsredaktionen. Sie ist Arbeit am Volkswohl und geschieht darum überall, auf unsern Gassen, in unsern Eisenbahnwagen, in unseren gesellschaftlichen Vereinen, in unseren religiösen Verbänden, kurzum überall.“ Das heutige politische Treiben — es verläuft vielfach in Bahnen, die für einen Christen nicht gangbar sind. Aber das ist es ja nun gerade, was der Christlich-soziale Volksdienst ändern will. Er will aus der Unruhe des heutigen Parteigetriebes hinausführen und die Arbeit für das Volkswohl in ruhige, sachliche, vom Geiste des Christentums geleitete Bahnen lenken, damit christliches Denken, christliche Grundsätze nicht bloß im Privatleben herrschen, son-

dern auch im öffentlichen Leben sich auswirken und nicht verleugnet werden, und daß die Christenheit mithilfe zur Befundung des Volkslebens und zur Förderung der Volkswohlfahrt im Geiste wahren Christentums. Und das ist nach meiner Auffassung der Sinn der ausgegebenen Parole: „Alles für Deutschland, Deutschland für Christus.“ Und in anderem Sinne kann ich sie nicht verstehen.

„Handelt bis ich wiederkomme!“ So befiehlt der Herr seinen Knechten.

Pastor i. R. Cordes, Osterholz-Scharmbeck.

Betragen und Fleiß.

Sollen diese Zensuren künftig weggelassen?

In den Zeitungen las man kürzlich, daß das Unterrichtsministerium beabsichtige, die Zensuren für Betragen, Fleiß und Aufmerksamkeit in den Zeugnissen der Schüler in Wegfall kommen zu lassen. Ist das richtig?

Wenn meine Kinder nach Hause kommen und ihre Zeugnisse vorlegen, dann sehe ich mir zunächst den sog. „Kopf“ der Zeugnisse an, wo die Zensuren über „Betragen, Fleiß und Aufmerksamkeit“ stehen. Sind die Prädikate darin unter „gut“, so erforche ich, woran das liegt und gehe womöglich zum betr. Lehrer. Ich werde meine Kinder ermahnen, beim nächsten Mal bessere „Noten“ zu bringen.

Die Zensuren für Betragen und Fleiß haben für das Kind einen hohen erzieherischen und darum im Schulwesen einen hohen pädagogischen Wert; sie sagen ihm, ob man mit seinem Verhalten zufrieden oder unzufrieden ist, sie enthalten ein Lob oder eine Mahnung. Der Schüler freut sich, wenn da „oben“ gute Zensuren stehen, er zählt sie mit. Sind sie schlecht, so wird er beim Vorzeigen des Zeugnisses verlegen, er schämt sich und wird sich vornehmen — wenn überhaupt Ehrgefühl in ihm ist — sich zu bessern. Zu allen Zeiten sind Lob und Tadel wirksame Zuchtmittel gewesen. Die Schule kann nicht darauf verzichten.

In jeder Klasse gibt es Kinder, die recht fleißig sind aber in den einzelnen Fächern wenig leisten. Wenn in ihren Zeugnissen im Fleiß das Prädikat „gut“ steht, dann ist das Kind richtig beurteilt. Die Eltern erkennen daraus, daß ihr Kind zwar fleißig, aber wenig oder gar nicht begabt ist. Einsichtsvolle Eltern können solchen Kindern nicht böse sein und tadeln oder schimpfen. Im Gegenteil, hier gilt es zu loben und zu ermuntern.

Gewissenhafte Eltern würden sicherlich bedauern, wenn obige Zensuren künftig fortfielen. Es würden der Schule und dem Elternhaus hochwertige Erziehungsmittel verloren gehen. Die Zuchtlosigkeit würde zunehmen und die Unterrichtsarbeit erschwert werden. Gewiß, manche Eltern, die sich um die Erziehung ihrer Kinder wenig kümmern, dürften die Abschaffung dieser „Noten“ begrüßen. Sie brauchen dann nicht mehr bei der Suche nach einer Lehrstelle ein Entlassungszeugnis vorlegen mit schlechten Zensuren im Betragen und Fleiß; denn ein Meister, bezw. Unternehmer will nur solche Lehrlinge annehmen, die sich in der Schule erklaffig betragen haben und fleißig sowie aufmerksam gewesen sind. Das wissen auch die Schüler. Bei der Behandlung eines passenden Unterrichtsstoffes wird es ihnen immer wieder gesagt.

Nun gibt es Eltern, die behaupten, der Lehrer könnte bei der Festsetzung dieser Zensuren kein gerechtes Urteil fällen, weil er die häuslichen Verhältnisse nicht genügend berücksichtige, unter denen die Schüler aufwachsen, als da sind: Wohnungsnot, häusliche Armut, traurige Familienverhältnisse, Unfähigkeit der Eltern bei der Erziehung, körperliche und geistige Gebrechen des Kindes. Ein Lehrer, der viele Jahre die Schüler vor sich hat, bekommt über alle diese Dinge schon ein richtiges Bild und stellt die Hemmnisse bei der Beurteilung des Kindes mit in Rechnung. Jede gewissenhafte Lehrperson ist sich bewußt, daß eine gerechte Beurteilung des Betragens und des Fleißes eine schwierige Angelegenheit ist, und daß sie darum einer besonders sorgfältigen Prüfung unterliegen muß. Natürlich kommen auch Fälle vor, daß Schüler mit schlechten Zensuren in Betragen und Fleiß später recht brauchbare und tüchtige Menschen werden. In der Regel ist es aber so, und die Erfahrung bestätigt es, daß diese Kinder im Leben wenig zuverlässig sind. Das Zeugnis der Schule hat in den allermeisten Fällen recht gesprochen. Darum dürfen die Kopfsensuren nicht in Wegfall kommen. Summa cunctae, d. h.: Jedem das Seine. R.

Die Regierung vor dem Reichstag.

Brünings Arbeits-Programm.

Sanierung der Finanzen. — Hilfsaktionen für Landwirtschaft und Wirtschaft. — Aufrechterhaltung des Versöhnungskompromisses.

— Berlin, den 1. April 1930.

Der heutigen Reichstags-Sitzung sah man mit großer Spannung entgegen. Es war zwar bekannt, daß die Regierungserklärung nur sehr knapp sein und wenig detaillierte Aufschlüsse über die geplanten Regierungsmaßnahmen geben würde, aber man wartete auf die Inhaltspunkte für die Beurteilung der Existenzfähigkeit des Kabinetts Brüning. Nicht minder gespannt war man auf den Verlauf der Fraktionskämpfe. Die Deutschnationalen tagten bereits vor der Eröffnung der Plenarsitzung und setzten dann ihre Beratungen nach Beendigung der Plenarsitzung fort. Die übrigen Fraktionen hielten in den späteren Nachmittagsstunden Sitzungen ab. Die entscheidenden Beratungen finden jedoch erst am Donnerstag statt. Da die Opposition versuchen wird, über die knappe Regierungserklärung hinaus Aufschlüsse über die Absichten der Regierung Brüning zu erhalten, erwartet man eine heftige Debatte.

Während der Verlesung der Regierungserklärung durch den Reichstanzler Dr. Brüning waren Haus und Tribünen stark besetzt. In der Diplomatengasse sah man zahlreiche Vertreter auswärtiger Mächte. Präsident Lohse eröffnete die Sitzung mit der Mitteilung, daß die Abgeordneten Schiele und Dr. Wundtlich ihre Mandate niedergelegt haben und erteilte dann dem

Reichstanzler Brüning

zur Abgabe der Regierungserklärung das Wort.

Der Reichstanzler dankte zunächst dem scheidenden Reichstanzler Müller für seine hingebende, von ernster Sachlichkeit getragene Arbeit. Das neue Reichskabinett sei an seine Koalition gebunden.

Es ist gebildet mit dem Zweck, so fuhr der Reichstanzler Brüning fort, die nach allgemeiner Auffassung für das Reich lebensnotwendigen Aufgaben in kürzester Frist zu lösen. Es wird der letzte Versuch sein, die Lösung mit diesem Reichstag durchzuführen. Die Stunde fordert schnelles Handeln.

Daher erwarten Sie von mir heute nicht ausführliche Erklärungen über die beabsichtigten Maßnahmen im einzelnen. Die neue Regierung wird Deutschlands Lebensinteressen in organischer Weiterentwicklung der bisherigen Außenpolitik aktiv vertreten. Lokale Durchführung der internationalen Vereinbarungen, Klärung und weiterer Ausbau unserer Beziehungen zu allen Staaten, Förderung internationaler Zusammenarbeit, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, das sind die Grundlagen dieser Außenpolitik. Ein Ziel ist und bleibt ein wirtschaftlich gesundes, politisch freies und gleichberechtigtes Deutschland, das seinen Wiederaufbau im Schutze des Friedens vollenden kann. (Beifall.) Besonders herzlich gedenkt die Reichsregierung in dieser Stunde der Rheinlande, deren endliche Befreiung von der Besetzung unmittelbar bevorsteht. (Erneuter Beifall.) Auch die alsbaldige Rückgliederung des Saargebietes wird tatkräftig gefördert werden.

Innenpolitisch gibt unsere Lage angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Notstände und der mit ihnen verbundenen radikalen Strömungen Anlaß zu besonderer Wachsamkeit. Diese Strömungen müssen in erster Linie durch wirtschaftliche Aufbaurbeit behoben werden.

Mit tiefem Ernst nimmt die Reichsregierung die Mahnung des Reichspräsidenten zur nationalen Einigung auf. (Beifall.) Erbitterte Kämpfe um außenpolitische Fragen haben das deutsche Volk zerrissen. Nach der Entscheidung dieser Kämpfe wollen wir das Werk der Versöhnung in Angriff nehmen. Die Maßnahmen zur

Sanierung der Rassenlage

sowie die Unterstützung der Länder und Gemeinden in ihrer schwierigen Finanzlage müssen sofort durchgeführt werden. Ohne eine solche Ordnung fehlt die Gewähr für die dringend notwendige Entlastung der Wirtschaft und die Milderung der Arbeitslosigkeit.

Die Reichsregierung übernimmt den vom Reichsfinanzminister aufgestellten Haushaltsplan für 1930 samt dem Deckungsprogramm. Diese Deckungsvorlagen sind in der Form des letzten Vermittlungsvorschlages der bisherigen Regierungsparteien mit der finanziellen Sicherung der Arbeitslosenversicherung, der gesetzlichen Festlegung der Steuerentlastung und der Ausgabenreduzierung ein einheitliches Ganzes. Eingehende Sparvorschläge auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens werden in kürzester Frist vorge-

legt werden. Diese Sparmaßnahmen sollen nicht von einem antisozialen Geist getragen sein. Sie haben lediglich den Zweck, zur Senkung der Steuern, zur Hebung der Produktivität und zur Stärkung der Kreditwürdigkeit Deutschlands beizutragen. (Beifall.) Sie sollen Raum schaffen für die Senkung der auf dem Handwerk und dem gesamten Mittelstand besonders schwer lastenden Realsteuern.

Die Weiterverfolgung der Sozialpolitik wird als staatliche Notwendigkeit von der neuen Reichsregierung unbedingt anerkannt. Finanzielle, soziale und wirtschaftliche Aufgaben müssen von einheitlichen Gesichtspunkten aus angefaßt werden.

Retten des Offens.

Gerade von diesem Standpunkt aus ist das Rettungs- wert unserer in schwerem Ringen um die Existenz kämpfenden Landwirtschaft vordringlich. Die Agrarfrage hat in besonders bedrohten Landesteilen den Charakter einer allgemeinen Volks- und Staatsfrage angenommen. Die Regierung ist entschlossen, ein umfassendes und durchgreifendes Hilfsprogramm für die Landwirtschaft schleunigst zu verwirklichen. Sie schenkt dabei angesichts der ersten Lage nicht vor außergewöhnlichen Mitteln zurück. Mit der Ausarbeitung der notwendigen Gesetze ist begonnen. Daneben ist eine durchgreifende und umfassende Hilfe notwendig. Zur Bedeckung der notwendigen Ausgaben wird die Reichsregierung eine besondere Vorlage unterbreiten. Gesundung der föhlichen Landwirtschaft ist die Grundlage nationaler und völkspolitischer Rettung des deutschen Offens.

Die Reichsregierung wird an diesen Vorhaben und an ihrer schnellsten Durchführung unter allen Umständen festhalten.

Sie ist gewillt und in der Lage, alle verfassungs- mäßigen Mittel hierfür einzusetzen.

Parteilpolitische Erwägungen müssen in dieser Stunde in den Hintergrund treten. Sachliche Einstellung zu diesem Programm des Kabinetts allein sichert die Zukunft des deutschen Volkes.

Nach Entgegennahme der Regierungserklärung vertagte sich der Reichstag auf Mittwoch. Kurz zuvor war von einem Kommunisten der erste Miß- trauensantrag gegen das neue Reichskabinett einge- gangen. Der kommunistische Mißtrauensantrag ist unmotiviert und lautet: „Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages.“

Deutschnationale Volkspartei und Kabinett Brüning.

— Berlin, 2. April. Der „Tag“ berichtet ergänzend zu der parteiamtlichen Mitteilung über die Beratung der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei, die deutschnationale Fraktion sei sich einig darüber, daß sie mit Mißtrauen und Opposition der jetzigen Regierung gegenüberstehe. Sie gehe in ihrer Einstellung zur Regierung davon aus, daß sie nicht an die Durchführbarkeit eines wirklichen Agrarprogramms trotz aller Bemühungen des Reichsernährungsministers Dr. Schiele in diesem Kabinett glaube. Sie habe bei Besprechungen, die am Dienstag stattgefunden hätten, zunächst feststellen müssen, daß in der Regierung selbst keinerlei Klarheit über die agrarpolitischen Absichten vorhanden sei und daß vorläufig die in der Regierungserklärung gegebenen Zusagen vollständig in der Luft hingen.

Sozialdemokratischer Mißtrauensantrag

gegen das Kabinett Brüning.

— Berlin, 1. April. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm am Dienstag nach der Plenarsitzung zur Regierungserklärung Stellung. Die Fraktion beschloß, am Mittwoch einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Brüning ohne nähere Begründung einzubringen. 15 Abgeordnete stimmten dagegen.

Die Abstimmungen im Reichstag erst Donnerstag

— Berlin, 1. April. Wie wir erfahren, werden die einzelnen Fraktionen der Regierungsparteien in der Aussprache am Mittwoch nur kurze Erklärungen abgeben. Die Aussprache soll nach Möglichkeit am Mittwoch zu Ende geführt werden. Die Abstimmungen über die Miß- trauensanträge finden erst am Donnerstag statt.

Der „Vorwärts“ warf nun die Frage auf, welche Rolle dieser Brief der Arbeitgebervereinsung auf die Haltung der Reichsregierung gehabt habe und obte Kritik daran, daß Reichsminister Dr. Molkenhauer das Schreiben nicht dem Reichskabinett oder dem Reichs- arbeitsminister Wißell vorgelegt habe. Darauf wird von ausländischer amtlicher Stelle erwidert:

„Der Reichsminister der Finanzen, Prof. Dr. Molkenhauer, hat den angeführten Brief der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände erst am 8. März erhalten, nachdem in der Kabinettsitzung vom 5. März bereits die Entscheidung über die Vorlage an den Reichstag gefallen war. Er hat den Brief als durch die Kabinettsitzung erledigt angesehen und zu den Akten schreiben lassen. Er hat an der Regierungsvorlage über die Arbeitslosenversicherung, die er schon durch seinen Kommissar auf Grund des Beschlusses des Reichskabinetts im Reichstag hat vertreten lassen, bis zum letzten Tag festgehalten. In den Verhandlungen der sozialpolitischen Sachverständigen der Regierungsparteien, die ein Kompromiß suchen sollten, hat er gar nicht teilgenommen; auch nicht an den Besprechungen, die später zwischen Abgeordneten der in der Regierung vertretenen bürgerlichen Parteien stattgefunden haben. Erst in der Sitzung der Parteiführer hat er von dem Kompromiß Brüning-Meyer Kenntnis erhalten und sich schließlich mit dem Kompromiß einverstanden erklärt, um eine Einigung unter den Parteien herbeizuführen. Aus diesem tatächlichen Sachverhalt geht zur Genüge hervor, daß der Brief der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ohne jeden Einfluß auf die Haltung des Reichsministers der Finanzen gewesen ist.“

Volksschul- und Kirchenwesen.

Fortführung der Kultusaussprache im Preussischen Landtag.

— Berlin, den 1. April 1930.

In Fortsetzung der allgemeinen Aussprache zum Abschnitt „Volksschul- und Kirchenwesen“ des preussischen Kultushaushalts bezieht sich Abg. Schwarz (D. Sp.) als wünschenswert, daß jeder Mensch die Möglichkeit erhalte, sich entsprechend seinen natürlichen Fähigkeiten auszubilden. Die Volkspartei erwarte vom Kultusminister, daß er die christlichen Grundlagen der deutschen Kultur schütze. Von der Volksschule bis zur Universität gelte es die Erziehung zum deutschen Menschen mit nationaler Selbstbehauptung. Der Vertrag mit den evangelischen Kirchen müsse nun endlich abgeschlossen werden.

Abg. Dr. Bohner (Dem.) äußerte sich anerkennend über die Politik des früheren Kultusministers Dr. Weder und wandte sich gegen das trodene Auswendiglernen von Verfassungsbestimmungen. Der staatsbürgerliche Unterricht müsse unsere Jugend mit drei Dingen vertraut machen: mit dem Volk, seinem Lebensraum und dessen Möglichkeiten sowie mit seiner Rechtsordnung. Daraus erwachse die Staatsgesinnung. Der Unterricht müsse zum sozialen Patriotismus führen. Der Hochschulverwaltung müsse eine bestimmte Summe zur freien Verfügung gestellt werden.

Abg. Rhode (Wirtschp.) verlangte Kernhaltung der Schule und der Lehrer von der Politik und Achtung und Anerkennung der deutschen Vergangenheit. Der Mittelstand habe eine so große Anzahl selbständiger Persönlichkeiten hervorgebracht, weil er sich selbst verantwortlich fühlte. Die Beamtenschaft müsse von selber zum Sparen beitragen. Die Ueberbannung des Vorbildungswesens sei sehr zu bedauern; da müsse endlich eine Milderung eintreten.

Abg. Dr. Brelle (Dt. Frakt.) erklärte, das Christentum habe genügend sittliche Macht, um auch die Kultur wieder aufzubauen. Verlasse man das Christentum, dann komme man allerdings zu der vom Minister dargelegten hoffnungslosen Stimmung und Anschauung.

Abg. Dr. Ley (Nat.-Soz.) gab der Ansicht Ausdruck, daß es zwischen der christlichen und der antichristlichen Weltanschauung keine Toleranz geben könne, sondern nur Kampf. Der Sieg der einen bedeute den Untergang der anderen Weltanschauung.

Abg. Lindner (Christl.-Soz. Volksb.) meinte, der Minister habe manches Richtige vorgetragen, werde aber bei dessen Durchführung wohl gerade bei seinen Parteifreunden die größten Schwierigkeiten finden.

Abg. Kleinsch (Soz.) stellte fest, daß der Kultusminister zum ersten Mal keine erhöhten Ausgaben für die Kirche enthalte und führte das auf Einsparungen durch den Konfessionsvertrag zurück.

Abg. Koch-Dehnhäusen (Dnt.) setzte sich für die Beschleunigung der Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen ein.

Abg. Linneborn (Fr.) betonte, die Arbeitsgemeinschaft des Zentrums mit der Sozialdemokratie bedeute keineswegs eine Gesinnungsgemeinschaft.

Nächste Sitzung Mittwoch: Weiterberatung und Abstimmungen zum Justizetat.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 2. April 1930.

Im 63. Lebensjahre starb in Berlin Legationsrat Emil Krebs vom Auswärtigen Amt, einer der besten Dolmetscher des deutschen diplomatischen Dienstes.

Der neue griechische Gesandte Politis ist in Berlin eingetroffen. Er gehörte schon vor dem Kriege der griechischen Gesandtschaft in Berlin an. In den letzten Jahren ist Politis als Vertreter Griechenlands beim Völkerverbund und auf internationalen Konferenzen hervorgetreten.

Ministerialdirektor Dr. Zechlin bleibt Presseschef. Der bisherige Presseschef der Reichsregierung, Dr. Zechlin, der Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist, wird, wie jetzt im Gegensatz zu der ersten Meldung verlautet, sein Amt im Einverständnis mit dem Reichstanzler Brüning, auch unter der neuen Regierung weiterführen.

Wechsel in der Leitung des Reichsernährungsbundes.

— Berlin, 2. April. Der Vorstand des Bundes zur Erneuerung des Reiches wird am Sonntag zusammentreten, um die Frage der Nachfolge des jetzigen Reichsbankpräsidenten Dr. Luther im Vorfig des Bundes zu beraten. Reichsbankpräsident Dr. Luther will auch in Zukunft händig mit dem Bund in Fühlung bleiben.

Stettin fordert Eingemeindungen.

— Stettin, 2. April. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung beschäftigten sich mit der Eingemeindungsfrage. In den dem Regierungspräsidenten vorgelegten Entwürfen wird die Eingemeindung von 20 Vororten — darunter auch Altdamm — gefordert, was eine Vergrößerung der Einwohnerzahl um 65 000 auf 335 000 und eine Vermehrung des Flächeninhalts von 8200 Hektar auf 22 800 Hektar bedeuten würde.

Die Kriegsbeschädigten an die Regierung Brüning.

— Berlin, 2. April. Aus Anlaß der Bildung des neuen Reichskabinetts hat der Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener dem Reichstanzler Dr. Brüning die besondere Berücksichtigung der Kriegsopferinteressen durch Uebermittlung eines Telegramms in Erinnerung gebracht.

Einbeiner-Wildau wird Botschafter.

In parlamentarischen Kreisen wird davon gesprochen, daß der Reichstagsabgeordnete von Einbeiner-Wildau, der zu der Gruppe Treviranus gehört, den Botschafterposten in London erstrebe. Die Umbesetzung des Londoner Postens wurde schon vor dem Tode Stresemanns in Verbindung mit einem größeren Revirement erwogen. Ob nun Abgeordneter Einbeiner-Wildau den Londoner oder einen anderen Botschafterposten erhalten wird, scheint zur Stunde aber noch nicht festzustehen.

Ein Lagerfeuer in Flammen.

— Bremen, 2. April. In einem Lagerfeuer der Expeditionsfirma Ulrichs u. Co. in der Altbauer Straße brach ein Feuer aus, das sehr schnell um sich griff. In der Halle lagerten etwa 2000 Ballen Baumwolle. Die Feuerwehr bekämpfte die Flammen mit 14 Schlauchleitungen. Der vierte Teil des Lagers fiel dem entfesselten Element zum Opfer.

Nachspiel der Krise.

Veröffentlichung eines Schreibens der Arbeitgeberverbände. — Eine amtliche Mitteilung.

— Berlin, 2. April.

Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, veröffentlichte unter der Ueberschrift: „Vorfällig stürzte Müller-Wissell“, ein von dem Vorsitzenden der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, von Vorfällig, Anfang März an den Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer gerichteten Brief.

In diesem Schreiben lehnen die Arbeitgeber ihre Zustimmung zu der Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung ab und betonen, die Erhöhung der Beiträge um 1/2 Prozent auf 4 Prozent, sei in Wirklichkeit eine Erhöhung um ein volles Prozent, weil ja die derzeitige Beitragshöhe von 3/4 Prozent nur bis zum 30. Juni 1930 befristet sei.

Danach heißt es, die Vertreter der Arbeitgeber im Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung müßten ihre Teilnahme an den in dieser Frage vom Vorstand der Reichsanstalt zu führenden Verhandlungen um so mehr ablehnen, als die Reichsregierung beim Nichtzustandekommen eines Vorstandsbeschlusses auf Beitragserhöhung von sich aus die Beitragserhöhung vornehmen wolle. Die Arbeitgeberseite des Vorstandes habe sich daher bereits ernstlich der Frage vorlegen müssen, ob von ihr im Falle der Durchführung eines derartigen Kurses die Uebernahme einer weiteren Mitverantwortung in der Verwaltung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenversicherung im Rahmen der von ihr wahrzunehmenden wirtschaftlichen Interessen getragen werden könne.

Rundschau im Auslande.

2 Sir Henry Deeterding, der Präsident der Royal Dutch Company, hatte in Paris eine Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Lardieu.

2 Unter Vorsitz Lardieus wurde in Paris eine von Ungarn, Rumänien und der Tschechoslowakei besetzte Konferenz zur Regelung der Frage der Reparationen eröffnet.

2 Die russische Regierung erließ eine neue Verordnung über die Kollektivwirtschaften, nach der in Zukunft nur noch begüterte Bauern Mitglieder der Kollektivwirtschaften werden können.

Eine indische Unabhängigkeitshalle.

2 Nehru, einer der Führer der indischen Freiheitsbewegung, hat nach Berichten aus Allahabad sein Haus dem indischen Nationalkongress für die Benennung als ständiges Hauptquartier geschenkt und angeregt, dieses Hauptquartier „Unabhängigkeitshalle“ zu benennen. Die Jugendvereinigung in Allahabad nahm eine Entschließung an, in der der Unabhängigkeitskampf Gandhi nachdrücklich unterstützt und zur allgemeinen Teilnahme aufgefordert wird.

Ausbreitungen auf den Nordwerken.

— New York, 2. April. Gerüchte über die Neueinstellung von mehreren tausend Arbeitern bei den Nordwerken waren in Detroit die Ursache von großen Kundgebungen. 15 000 enttäuschte Arbeitslose wollten die Fabrikgebäude stürmen. Die Eingänge zum Werk wurden von starken Polizeimannschaften besetzt. Die Unruhestörer wurden schließlich mit Hilfe von Tränengasbomben zerstreut.

Graf Bülow in Chicago verhaftet.

— Chicago, 2. April. Während der Volkszählung, die im April in den Vereinigten Staaten vorgenommen wird, drangen drei Leute, die sich als Volkszählungsbeamte ausgaben, in die Wohnung des deutschen Fliegers Grafen Heinrich von Bülow in Chicago ein. Die Banditen jesselten sämtliche Mitglieder des Hauses, stahlen Schmuckstücke im Werte von 50 000 Dollar und entkamen.

2 Boykotttätige in Hankau. Die Methoden, deren sich die chinesische Justiz bei der Bestrafung unerhörter Geschäftsleute bedient, erscheinen dem Europäer mittelalterlich und barbarisch. Vor einiger Zeit wurden in

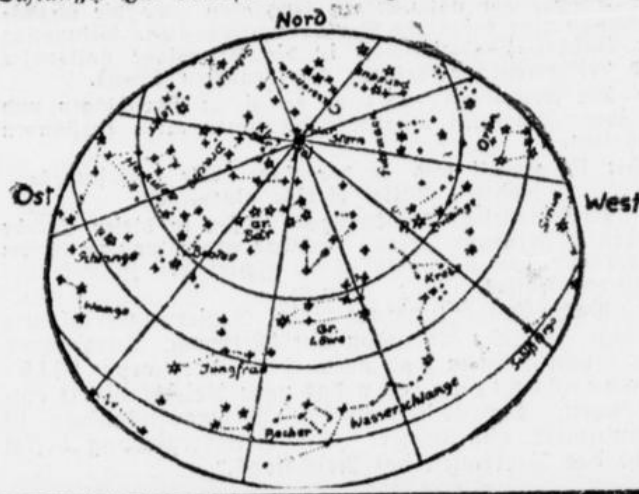
den Straßen von Hankau zahlreiche Käfige aufgestellt, in denen Geschäftsleute saßen, die es gewagt hatten, den von der Regierung angeordneten Boykott japanischer Waren nicht mitzumachen. Dieser Boykott war vor einiger Zeit von den Behörden als Repressalie ausgesprochen worden, weil japanische Motorradfahrer einige Chinesen angefahren und so schwer verletzt hatten, daß sie starben. Die Käfige sind vom frühen Morgen bis zum späten Abend von einer johlenden Volksmenge umringt, für die die Auffstellung der „Boykottkäfige“ eine willkommene Abwechslung in dem eintönigen Straßenbild der Stadt bedeutet, die nach Gebühr gewürdigt wird. Einige Tage Aufenthalt in diesen Käfigen machen die Insassen so müde, daß sie sich einverstanden erklären, jedes Versprechen, das von ihnen verlangt wird, unter Eid abzugeben.

Der Sternhimmel im April.

Beobachtungszeit bei Monatsbeginn 22 Uhr.

Norden: Tief am Himmel, in der Milchstraße, Kassiopeia. In der Nähe des Zenits der Große Bär, darunter der Kleine Bär mit dem Polarstern.

Osten: Im Nordosten Leier mit Wega. Hoch am Himmel der Stern erster Größe Arcturus im Bootes. Zwischen Bootes und Leier die Krone und der Hercules. Genau im Osten Schlangenträger mit Schlange. Im Südosten die Waage.



Süden: Der Meridian durchschneidet das Sternbild Großer Bär und die äußerste rechte Seite der Jungfrau; im ersten der helle Stern Regulus, in letzterer Spica. Den Horizont entlang verläuft die Wasserschlange; über ihrem östlichen Teil glänzt der Kabe.

Westen: Es gehen jetzt unter Orion und der Stern erster Größe Sirius im Großen Hund. Rechts neben dem Westpunkt der Stier. In und an der Milchstraße von links nach rechts Kleiner Hund, Zwillinge, Fuhrmann und Perseus.

Planeten: Merkur von Mitte des Monats an nach Sonnenuntergang am Abendhimmel sichtbar. Ende April sehen wir ihn gegen eine Stunde. Venus, Abendstern. Zunächst 40 Minuten, Ende April länger als 1 Stunde und 20 Minuten sichtbar. Mars kann nicht beobachtet werden. Jupiter läßt sich anfangs rund 4½ Stunden am Abendhimmel sehen, Ende April gegen 2¼ Stunden. Saturn geht anfangs etwa 2 Stunden vor der Sonne auf, Ende April kann man ihn gegen 2¼ Stunden sehen.

Mond: Am 6. erstes Viertel, am 13. Vollmond, am 20. letztes Viertel und am 28. Neumond.

Sonne: Für die Berliner Gegend Aufgang am 1. gegen 5¼ Uhr, am 11. 5.20 Uhr und am 21. um 5 Uhr, Untergänge an diesen Tagen nach 18½, gegen 19 und gegen 19¼ Uhr.

Verschiedenes.

Der Kampf des Handwerks. In diesen Tagen veranstaltet das Schuhmacherhandwerk eine besondere Werbung. Kleine Drucksachen wandern in jedes Haus. Sie sollen das Publikum noch einmal eindringlich auf die Vorteile der Verwendung des Maßschuhes hinweisen. Der Handwerksmeister, der die Reparaturarbeiten aller Schuhwerks besorgt, ist überzeugt, daß sich der Maßschuh trotz des höheren Anschaffungspreises im Gebrauch billiger stellt als der Schuh aus dem Laden. Und daß der Maßschuh trotz der größeren Bequemlichkeit dem Laden Schuh auch an Eleganz nicht nachsteht, darauf hält der Meister, der stolz ist auf jeden Fortschritt seiner Kunst. Möchte diese Werbezeit dem ehrsamem Handwerk die Gunst weiter Kreise wieder zuführen.

Schneller - besser - billiger

geht das Spülen und Putzen in jedem Haushalt mit **IMI**, Henkel's neuem Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel.

IMI erleichtert Ihnen alle Spül- und Putzarbeit. Überraschend schnell und gründlich löst es die dicksten Fettschichten und den hartnäckigsten Schmutz, ohne die Gegenstände anzugreifen. Strahlender Glanz und appetitliche Frische verleiht es allen Haus- und Küchengeräten.

IMI ist überaus sparsam im Gebrauch. 1 Eßlöffel auf 10 Liter heißes Wasser = 1 Eimer genügt schon, um diese fabelhafte Reinigungskraft zu erzeugen. **IMI** kostet nur 25 Pfennige und ist überall erhältlich.



Henkel's Aufwasch-Spül- und Reinigungsmittel
für Haus- und Küchengerät aller Art
Hergestellt in den Persilwerken

Wie ist die Luft draußen?
Was muß ich anziehen?

Diese Fragen beantwortet
Ihnen ein **Fensterthermometer**

Niedriger Anschaffungspreis.
Unbegrenzte Haltbarkeit.

H. Breder, Optiker, Bielefeld
Gütersloherstr. 14 Fernruf 1012

Erholungsuchende

finden freundliche Aufnahme im Evangelischen Kranken- und Erholungshaus zu Daaden im Westerwald. Günstige Lage in landschaftlich reizvoller Gegend, gute Verpflegung, ruhiges Haus. Tagespreis in den Monaten Juni, Juli und August Mark 4.50, in allen übrigen Monaten Mark 4.00. Keine Kurtaxe etc. Prospekt zur Verfügung durch **Albrecht Gaumann, Daaden-Zieg.**

Das Roggenkorn

hat einen 1½ bis 2 mal so großen Keim als das Weizenkorn. Dieser Umstand schon ist ausschlaggebend für die Überlegenheit des Roggens als Brotfrucht gegenüber dem Weizen. Außerdem hat das Roggenkorn mehr Geschmacksstoffe und günstigere Mineralstoffe. **Mein Gesundheitsbrot** wird aus bestem deutschen Roggen unter Kontrolle von Dr. Bodinus, Bielefeld, hergestellt.

Gesundheitsbrot, Pumpernickel, Kommissbrot, Grahambrot und Zwieback versende ich überallhin. Die Versandkosten sind ganz gering.

Bäckerei Wilhelm Bergmann, Bielefeld
Telefon 5270 gegr. 1898 Gr. Kurfürstenstr. 11

Liebhaver-Photographen

decken ihren Bedarf in der
Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Das Waschmittel

ist das Beste, das am
gründlichsten reinigt
und die Wäsche nicht
angreift. Es heißt



**Dr. Thompson's
Seifenpulver**

Durch Kontrolle des vereinigten
Chemikers Dr. Bodinus, Bielefeld
ist die Echtheit meines

**Bienen-
Blüten-
Honig.**

10 Pfd. Dof. 11.20 RM, vorwiegend.
Klee-Blütenblüte 12.90 RM,
halbe Dof. 6.35 RM u. 7.40 RM,
1½ Pfd. Dof. 2.05 RM u. 2.30 RM
frei Haus. Nachnahme 30 Pfg.
mehr. Gar. Rücknahme.

**Lehrer I. R. Krieger,
Borgeln 2, Kr. Soest.**

Dieser Honig ist auch in Ophir,
vereinigter Verkaufsstellen der
Anstalt Bethel, zu haben.

Lebenspende

eine Frühlingskur mit
**Gundersh.
Traubensaft**

alkoholfrei, vitaminreich,
gar. u. fr. für Verkalkte, Nervöse, Herz-
und Magenkrankte v. erst. Aerzten empf.
Idealgetränk f. Kinder, 1 Flasche v. 1.90
M. an. Weing. Mandorli-Wohlgenuth
Gundersheim b. Worms.

Eism-Betten
Schlafsa-
Stahlma-
Kinder-, Polster, Glasel, an jeden, Teils.
Katalog frei. Bismarckstr. 10 (Hof)

Suche für meine Tochter für
sofort oder später

Stelle als Hausmutter

in gutem Hause, bei älterem,
kindl. Ehepaar. Schriftl. Angeb.
unter A 6388 a. d. Gefch. d. Bl.

**Kur-Anstalt
Erholungshaus**

vegetarisch und
Rohkost **Ebert**

Benneckenstein-Hochhaus
unweit Braunlage
Pastor Felke kuren. Prosp. frei

Eine auf dem Lande gelegene Anstalt sucht einen durchaus
zuverlässigen, möglichen

ledigen Mann

zur Erledigung sämtlicher Installations- und Schlosserarbeiten

(einschl. Elektr.) und Bedienung der Zentralheizung.

Angeb. mit Zeugnisabschriften, Lohnansprüchen (freie Woh-
nung und Verpfleg.) und wenn möglich Bild unter „Installateur
A 6390“ an die Geschäftsstelle des Aufwärts erbeten.

Gemüse-, Feld- u. Blumenamen

Knochengewächse: Dahlien, Gladiolen, Begonien.
Baumkulturarbeiten: Obstbäume, Ziersträucher, Rosen,
Nadelbäume. — Blütenstauben usw.

**Gärtnerei und Samenhandlung
der Anstalt Bethel b. Bielefeld.**

Unserliche Preislisten senden wir gern auf Wunsch zu.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr.
D. Hüttel, Angelegen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuführten
für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geb-
leistungen Postfachkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“, Schrift-
liches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3916. Am
Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.